

freies Feld eingezäunt, Werner Steinbrecher, 1993

Margot Käßmann

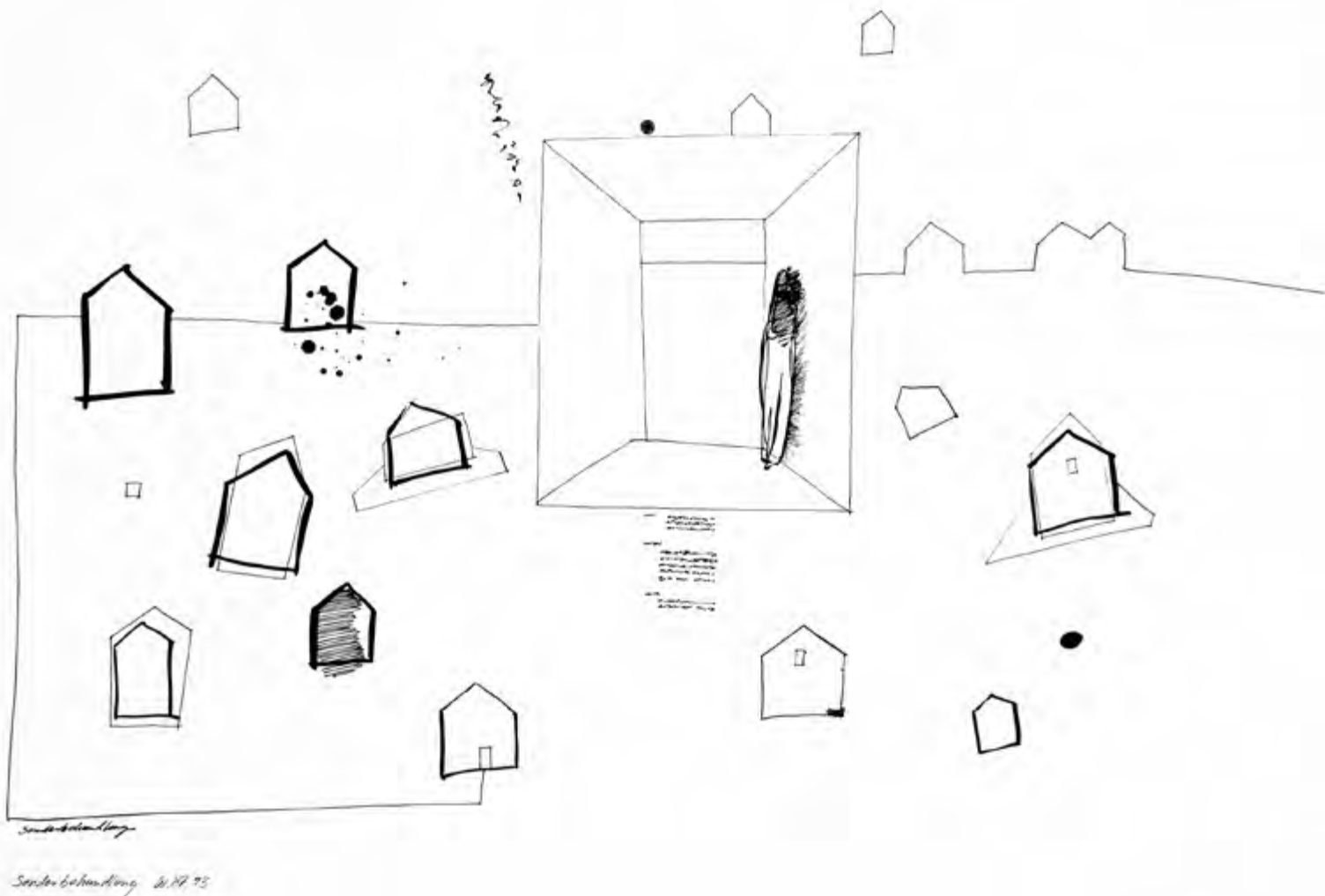
Vor der Stationierung...

Da wurde am Rande des NATO-Gipfels in Washington am 10. Juli 2024 mal eben mitgeteilt, dass ab 2026 neue US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland stationiert werden. Dabei handelt es sich um US-Raketen vom Typ S-6, Tomahawk-Marschflugkörper und Dark-Eagle-Hyperschallwaffen. Die Aufsicht darüber wird die 2. Multi Domain TaskForce der US-Streitkräfte in Wiesbaden haben. Stationiert werden sollen die Waffen wohl im bayerischen Grafenwöhr, wo die US-Armee eine große Kaserne samt Truppenübungsplatz unterhält. Es gab keine dem Beschluss vorausgehende Debatte im Bundestag, keinen Aufschrei in der Bevölkerung. Stattdessen große Ruhe. Wie kann das sein?

Mit solchen Erstschlagwaffen können aus Deutschland russische Gebiete angegriffen werden. Die Reichweite der Dark-Eagle liegt bei 3000 Kilometern. Ein Tomahawk-Marschflugkörper hat eine

etwas geringere Reichweite, kann dafür aber nuklear bestückt werden. Laut aktuellen Verlautbarungen sollen die Waffen aber nur mit konventionellen Sprengköpfen in Deutschland stationiert werden. Erstmals. Und klar, im Gegenzug wird Deutschland zum Angriffsziel für russische Waffen. Denn auch Russland besitzt Mittel- und Langstreckenraketen – und ja, die Friedensbewegung befürwortet auch eine Abrüstung dieser Waffen. Die Vereinbarung zur Stationierung wurde nicht im Rahmen der NATO vereinbart, sondern rein bilateral zwischen den USA und der Bundesregierung. Der Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge hat das knapp zusammengefasst: „Tatsächlich wirken Raketen militärisch als Magneten, weil sie Raketen des Gegners anziehen.“¹

Begründet wird die Stationierung von der Bundesregierung mit einer „Fähigkeitslücke“ des west-



Sonderbehandlung, Werner Steinbrecher, 1993

lichen Militärbündnisses. De facto aber sind die Luft- und Seestreitkräfte der NATO den russischen Kurz- und Langstreckenraketen weit überlegen, wie eine aktuelle Studie von Greenpeace belegt.² Das Ziel der Rüstungskontrolle sowie Vereinbarungen wie der New START-Vertrag werden mit der Stationierung in Frage gestellt.

Friedensfähigkeit als Ziel

In den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts wurde über derartige Waffen massiv gestritten, sowohl in der Zivilgesellschaft als auch in der Politik. Es ging den Regierenden darum, sie als Mittel zu nutzen, um Abrüstungsverhandlungen zu erzwingen. Es ging der Friedensbewegung darum, sie abzuschaffen, um gemeinsam Sicherheit in Europa zu gewährleisten. Legendär wurde „Fulda Gap“, ein in den USA vertriebenes Strategie-Brettspiel mit dem Untertitel „The First Battle of the Next War“, das zeigte, wo Ostblock und Westblock mit ihren Militärbündnissen aufeinandertreffen würden. Deutschland wird ein atomares Schlachtfeld! Das hat uns alle damals aufgerüttelt, Ostdeutsche wie Westdeutsche.

Der NATO-Doppelbeschluss ging einher mit einem Angebot an die Sowjetunion, gemeinsam über Abrüstung zu sprechen. Der US-Stationierungsbeschluss mit der Bundesregierung 2024 enthält keinerlei Dialogangebot an Russland, es geht allein um massive Aufrüstung, von Abrüstung ist keine Rede. 1987 wurde der INF-Vertrag (Intermediate Range Nuclear Forces) unterzeichnet, mit dem Mittelstreckenwaffen in Europa verboten wurden. Der Vertrag wurde von der US-Regierung im Februar 2019 unter der Präsidentschaft von Donald Trump aufgekündigt – Friedensgruppen demonstrierten.

Inzwischen hat die Deutsche Friedensgesellschaft gemeinsam mit 35 weiteren Friedensgruppen eine Kampagne unter dem Titel „Friedensfähig statt erstschlagfähig – für ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen“ ins Leben gerufen. Mit ihr wird nicht nur die Stationierung der US-Waffen kritisiert, sondern auch die Entwicklung und Stationierung neuer russischer Mittelstreckenwaffen in Europa (www.friedensfaehig.de). Erstmals feuerte Russland im November 2024 eine ihrer neuen Oreschnik-Raketen auf die Ukraine ab. Es muss darum gehen

umfassend abzurüsten – wir brauchen kein neues Wettrüsten! Die Fähigkeitslücke besteht in Sachen Frieden!

Von der Stille der Friedensbewegung

Die merkwürdige Stille der Friedensbewegung hat vier Ursachen, denke ich. Da ist zum einen die Hilflosigkeit angesichts des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine. Wer immer sich kritisch zu Waffenlieferungen äußert, Waffenstillstand und Friedensverhandlungen fordert, wird umgehend zur Putin-versteherin oder Trump-Fan degradiert. Oder es heißt, wer keine weitere Aufrüstung befürworte, sei Opfer russischer Propaganda.

Da ist zum anderen die massive Diffamierung von Pazifismus. Volker Beck twittert von „Teestubenpazifismus“, Sascha Lobo spricht von „Lumpenpazifisten“, Ralf Fücks gar von „Unterwerfungspazifisten“.³ Der Liedermacher Wolf Biermann erklärt gegenüber Prominenten, die einen schnellen Waffenstillstand zwischen Russland und der Ukraine fordern: „Diese falschen Pazifisten halte ich für Secondhand-Kriegsverbrecher.“⁴ Das schreckt viele ab, sie äußern sich nicht mehr, der notwendige Diskurs findet nicht statt.



Margot Käßmann

Und da ist zudem die Befürchtung, mit AfD oder BSW, die sich als Friedensparteien gerieren, in eins gesetzt zu werden. Eine Partei wie die AfD aber, die massiv Unfrieden und Hass im eigenen Land sät, kann nicht zum Frieden in der Welt beitragen. Allerdings ist den anderen etablierten Parteien vorzuwerfen, dass sie das Friedensthema dem rechten Rand überlässt und so viele zum Zögern

bringt, sich mit der Friedensbewegung zu solidarieren.

Schließlich scheint es, dass die jüngere Generation nicht derart bewegt ist von der Kriegsfrage, wie es meine, die nach dem Zweiten Weltkrieg geborene, Generation war. Unserer Generation hatte schlicht Eltern und Großeltern, die von den real erlebten Schrecken des Krieges noch lebhaft erzählten. Machen sich die Jungen nicht klar, wie massiv ein Angriff

sie treffen könnte? Wie kann es sein, dass mit Bündnis 90/Die Grünen eine Partei, die aus der Friedensbewegung heraus entstanden ist, heute an „vorderster Front“ Waffen fordert bis hin zur Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine? Wenn Außenministerin Baerbock erklärte „unsere Waffen retten Leben“, so gilt auch „unsere Waffen töten“, denn dafür werden sie produziert. Was diese Waffen anrichten, wie sie Menschen verstümmeln und zerfetzen, davon ist nie die Rede.

Auch berichten die Medien sehr einseitig. In Talkshows sind ablehnende Stimmen zu Waffenlieferungen und der Raketenstationierung kaum zu hören und wenn, dann werden sie als naiv dargestellt. Dass selbst in der Ukraine 52 Prozent der Menschen für Verhandlungen mit Russland sind, bleibt eine Randnotiz.⁵ Dass Tausende junger Männer versuchen, sich dem Militärdienst in der Ukraine und in Russland zu entziehen, bleibt unerwähnt. Dass Kriegsdienstverweigerung ein Menschenrecht ist und diejenigen, deren Menschenrecht verletzt wird, bei uns ein Recht auf Asyl haben sollten, ist nicht opportun und wird daher nicht thematisiert.

Machen wir uns nichts vor: Hinter der schleichenden Militarisierung, die wir derzeit erleben, stehen Interessen. Machtinteressen, Interesse an Ressourcen und nicht zuletzt Gewinninteressen der Rüstungsindustrie und ihrer Aktionäre. Dagegen standzuhalten ist eine Herausforderung.

Gerade jetzt aber braucht es eine hörbare Friedensbewegung, die deutlich macht: Wir brauchen keine weitere Aufrüstung, schon gar nicht durch bei uns stationierte Mittel- und Langstreckenwaffen. Was wir brauchen, ist Abrüstung! Wir müssen nicht kriegstüchtig werden, sondern endlich, endlich friedensfähig. Nur dann haben nachfolgende Generationen eine Chance, auf einem lebenswerten Planeten aufzuwachsen.

- 1 Friedensfähig statt kriegstüchtig, Interview mit Christoph Butterwegge, in: PuFo Extra 12/24, S. 22ff. S. 23.
- 2 Lurz, Alexander/Steinmetz, Christopher/Wulf, Herbert: Wann ist genug genug? – Ein Vergleich der militärischen Potenziale der Nato und Russlands, Hamburg 2024.
- 3 Ralf Fücks: Die Verkehrung von Opfer und Täter ist in vollem Gang; DER SPIEGEL, 13.7.2022.
- 4 Wolf Biermann, Wann wird man je versteh'n, ZEIT Nr. 44/2022.
- 5 Bereit zu Verhandlungen. Umfrage – Mehr als 50 Prozent der Ukrainer wollen den Krieg so schnell wie möglich beenden, in: www.n-tv.de, 20. November 2024.